

Europarecht

Oppermann / Classen / Nettesheim

9. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-75739-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Oppermann/Classen/Nettesheim
Europarecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

Ein Studienbuch

von

Dr. iur. Claus Dieter Classen

o. Professor an der Universität Greifswald
Mitglied des Landesverfassungsgerichts und
Richter am Obergerverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern

und

Dr. iur. Martin Nettesheim

o. Professor an der Universität Tübingen

9., völlig neu bearbeitete Auflage, 2021

des von Professor Dr. iur. Dres. h. c. Thomas Oppermann begründeten Werkes



Zitiervorschlag: Oppermann/Classen/Nettesheim, EuropaR, § ... Rn. ...

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 75739 6

ISBN E-Book 978 3 406 75971 0

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Kurz nach Erscheinen der Voraufgabe dieses Lehrbuchs ist Herr Prof. Dr. Dr. h. c. *Thomas Oppermann* am 26. Januar 2019 verstorben. Er hat dieses Werk begründet und die ersten drei Auflagen allein verantwortet. Mit seiner spezifischen, die Bedürfnisse der Praxis und jene der Studierenden gleichermaßen berücksichtigenden Herangehensweise ist das Buch schnell zum führenden Lehrbuch des Europarechts geworden. Die Verfasser, denen Herr Oppermann bereits vor vielen Jahren wichtige Teile und zuletzt das ganze Werk anvertraut hatte, werden sich bemühen, das Buch in seinem Geiste – von der Notwendigkeit der europäischen Integration überzeugt, aber mit realistischem Blick auch die Probleme und Grenzen des Projekts erkennend – fortzuführen.

Die Lage der Europäischen Union ist seit etlichen Jahren durch außergewöhnliche Umstände geprägt. Seit 2010 wird die EU durch fiskal- und wirtschaftspolitische Verwerfungen herausgefordert. In den Jahren 2015/2016 folgte der große Zustrom von Flüchtlingen aus Nahost und Afrika, kurz darauf die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Union zu verlassen. Seit dem Frühjahr 2020 entfaltet die Covid 19-Pandemie ihre dramatischen Auswirkungen. In manchen Kreisen wird das Projekt der europäischen Integration, wie es bislang verstanden wurde, grundsätzlich in Frage gestellt. In einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere Polen und Ungarn, rückt man von Grundannahmen eines liberalen Konstitutionalismus ab, der bislang als Geschäftsgrundlage der europäischen Integrationsbewegung gelten konnte. Vereinzelt zerstören Korruption und Kriminalität die Grundlagen, auf denen die EU aufbaut. Die EU-Organen wirken eher hilflos. Man spricht über Bürgerkonferenzen und legt Weißbücher vor. Überzeugende Antworten wurden bisher noch nicht gefunden. Die Entwicklungen werden im Lehrbuch an verschiedener Stelle aufgenommen und in ihren rechtlichen Kontext gestellt.

Die Entwicklung des sekundären Europarechts, der europäischen Rechtsprechung und der begleitenden Literatur wird in der Neuauflage bis Herbst 2020 berücksichtigt. Der Aufbau des Buches ist grundsätzlich unverändert geblieben. Gleiches gilt für das Konzept, den Studierenden die wichtigen Grundlagen des Europarechts vorzustellen und gleichzeitig auch solche Politikbereiche einzubeziehen, die eher den Praktiker des Europarechts interessieren. So werden dargestellt der „Allgemeine Teil“ des Unionsrechts (Institutionen, Quellen, Rechtsschutz, Demokratie, Grundrechte u. a. m.) und ebenso der Kern der meisten materiellen EU-Politiken (Binnenmarkt, Währungsunion, Wettbewerb, Außenbeziehungen u. a. m.). Bei den Grundrechten werden auch die – nicht zuletzt für die EU maßgeblichen – Garantien der EMRK mitbehandelt.

Die Paragraphen wurden unter uns gegengelesen und erörtert, sodass wir für Unvollkommenheiten die Verantwortung gemeinsam tragen. Für wichtige Hilfe gebührt Dank am Lehrstuhl *Classen* Frau *Nadja Reimold* sowie Herrn *Alexander Iben*, am Lehrstuhl *Nettesheim* den Damen und Herren *Daniela Bethäuser*, *Laura Dias de Almeida*, *Christoph Fischer*, *Micha Heinkelein*, *Sophia Kubo*, *Anna Marx*, *Lorenz Moser*, *Armin Mozaffari*, *Sabine Schäufler*, *Leonie Schmitt* und *Tengfei Xu*. Ebenso danken wir unseren Lesern für willkommene Anregungen. Künftige Nachrichten werden an lassen@uni-greifswald.de bzw. an mail@nettesheim.org erbeten.

Wir danken ein weiteres Mal Rechtsanwalt *Dr. Johannes Wasmuth* vom Verlag C.H. Beck und seiner Umgebung für die gute Zusammenarbeit. Möge das Buch wie bisher ein nützlicher Beitrag für die Juristenausbildung sein und der juristischen und politischen Praxis dienen.

Greifswald und Tübingen, im November 2020

Claus Dieter Classen – Martin Nettesheim



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952	1
§ 2. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992	5
§ 3. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute	10

2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Theoretische Grundlagen der Integration	19
§ 5. Organe der Europäischen Union	31
§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union	76
§ 7. Personal	84
§ 8. Finanzordnung	91

3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts	109
§ 10. Rang des Unionsrechts	154
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen	169
§ 12. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts	196
§ 13. Rechtsschutz	213
§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	240

4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU	250
§ 16. Unionsbürgerschaft	269
§ 17. Europäische Grundrechte	281

5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik	320
§ 19. Währungsunion	341
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen	350
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge	373

6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr	404
§ 23. Energie	422
§ 24. Landwirtschaft und Fischerei	430
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr	442
§ 26. Verkehr	454

7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	468
§ 28. Niederlassungsfreiheit	487
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik	502

8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr

§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr	512
§ 31. Finanzmärkte	520

9. Teil. Rechtsharmonisierung und Koordination

§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung	530
§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz: Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts	546
§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk: Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts	578
§ 35. Steuern	593
§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts	612
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts	631

10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen . .	638
§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	652
§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	669
§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik	690
§ 42. Beitritt – Austritt	698

Sachverzeichnis	715
---------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXV
-----------------------------	------

1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952 (Classen)	1
I. Der europäische Gedanke bis 1919	1
II. Vorüberlegungen zur Europäischen Integration 1919–1945	3
III. Die Entwicklung der Europäischen Idee nach 1945	3
1. Züricher Rede Churchills 1946 und Europäische Bewegung	4
2. Erste Organisationsgründungen	4
§ 2. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992 (Classen)	5
I. Entstehung der Europäischen Gemeinschaften: 1950–1958	6
II. Wandel der „EG-Philosophie“ vom Föderalismus zum Pragmatismus: 1958–1969	7
1. Erfolge bei der Wirtschaftsintegration	7
2. Probleme auf der politischen Ebene	7
III. In kleinen Schritten in Richtung Europäischer Union: 1970–1985	8
IV. Binnenmarktprozess und andere Entwicklungen: 1985–1992	10
§ 3. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute (Classen)	10
I. Gründung der Europäischen Union (Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001) und Osterweiterungen	10
II. EU-Reform 2001–2009 („Post-Nizza-Prozess“)	12
III. Die Union vor neuen Herausforderungen	13
1. Die Schuldenkrise ab 2009	13
2. Der Flüchtlingszustrom ab 2015	14
3. Der Brexit ab 2016	15
4. Akzeptanz- und Systemprobleme	16
IV. Ausblick: Die Union vor schweren Herausforderungen	17

2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Theoretische Grundlagen der Integration (Classen/Nettesheim)	19
I. Überblick	19
II. Das Ziel der Integration: In welche Richtung soll die Integration gehen?	20
1. Langfristige Perspektiven: Zwischen Kooperationsverbund und Europäischer Föderation	20
2. Perspektiven mittlerer Reichweite: „Besseres Regieren“	21
III. Der Verlauf der Integration: Wie erklärt sich der Prozess?	24
1. Funktionalismus, Realismus, Neoliberalismus	24
2. Konstruktivistische Perspektiven	25
a) Die Maßgeblichkeit geschichtlicher, kultureller, normativer und sozialer Rahmengenheiten	25

b) Unterschiedliche Rechtskulturen	25
c) Institutionelle Veränderungen	26
d) Entwicklung genuin europäischer Ideen, Normen und Konventionen	26
3. Pfadabhängigkeiten und „lock-ins“	26
IV. Der Stand des Erreichten: Was ist die Europäische Union?	27
1. Die Art des Verbunds: Zwischen Quasi-Föderation und Staatenclub ..	27
2. Die Qualität des Verbunds	28
a) Rechtsgemeinschaft	28
b) Wertegemeinschaft	29
c) Die Sicherung von Frieden und Wohlstand	30
V. Ausblick	30
§ 5. Organe der Europäischen Union (Nettesheim)	31
I. Überblick	32
1. Die Organe der EU	32
2. Weitere Einrichtungen	33
3. Standorte der Institutionen	33
4. Sprachenregime der Europäischen Union	34
a) Sprachliche Geltung der Verträge (Vertragssprachen)	34
b) Regelung der Amtssprachen und Arbeitssprachen	35
II. Gewaltenteilung und Funktionenverschränkung	36
1. Funktionen und Institutionen	36
2. Institutionelles Gleichgewicht	38
III. Die Organe der Union	38
1. Das Europäische Parlament (EP)	38
a) Die Institution des Europäischen Parlaments	40
b) Beschlussverfahren des Europäischen Parlaments	44
c) Aufgaben des Europäischen Parlaments	44
d) Politische Parteien auf europäischer Ebene	47
2. Der Europäische Rat	48
a) Die Institution des Europäischen Rats	49
b) Beschlussverfahren des Europäischen Rats	50
c) Aufgaben des Europäischen Rates	50
3. Der Rat	51
a) Die Institution des Rats	51
b) Beschlussverfahren im Rat	54
c) Aufgaben und Funktionen des Rates	56
d) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	58
4. Die Kommission	58
a) Die Institution der Kommission	59
b) Beschlussverfahren der Kommission	65
c) Aufgaben und Funktionen der Kommission	65
5. Europäische Gerichtsbarkeit (EuGH und EuG)	68
a) Träger der rechtsprechenden Gewalt	70
b) Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit	72
6. Der Rechnungshof (RH)	73
a) Die Institution des Rechnungshofs	73

b) Aufgaben und Befugnisse	74
IV. Ausblick	74
§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union (Nettesheim)	76
I. Beratende Institutionen mit Verfassungsrang	76
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	76
a) Die Institution des WSA	77
b) Aufgaben und Befugnisse	78
2. Ausschuss der Regionen (AdR)	78
a) Die Institution des AdR	79
b) Aufgaben und Befugnisse	80
II. Sonstige Einrichtungen	80
1. Organisationsgewalt der Europäischen Union	80
2. Das Spektrum weiterer EU-Einrichtungen	82
a) Dezentrale Unionsagenturen	82
b) Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ...	83
c) Exekutivagenturen und weitere Typen	83
III. Ausblick	83
§ 7. Personal (Classen)	84
I. Notwendigkeit eines Europäischen Öffentlichen Dienstes	84
II. Grundlagen des europäischen Dienstrechts	84
1. Zur Grundstruktur des Europäischen Öffentlichen Dienstes	84
2. Rechtsgrundlagen	85
3. Laufbahnprinzip und Beförderungssystem	85
4. Auswahlverfahren	85
III. Status der Europabeamten	86
1. Begründung des Beamtenverhältnisses	87
2. Loyalitätspflichten und Disziplinarrecht	87
3. Statusrechte	87
4. Rechtsschutz	88
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses	88
IV. Sonstige Europabedienstete	89
V. Kollektives Dienstrecht	89
1. Personalvertretung	89
2. Koalitionsrecht	90
a) Dialog Berufsverbände – Unionsorgane	90
b) Zum Streikrecht	90
VI. Ausblick: Europäische und internationale Bedienstete	90
§ 8. Finanzordnung (Nettesheim)	91
I. Wesen und Dimension der EU-Finanzordnung	91
II. Haushalt der Europäischen Union	93
1. Entwicklung des Haushaltswesens der EU	93
2. Grundlinien des EU-Haushaltsrechts	95
a) Rechtsgrundlagen	95
b) Haushaltsgrundsätze	97
3. Haushaltseinnahmen der Europäischen Union	97
a) Die Eigenmittel	98

b) Sonstige Haushaltstitel	99
4. Haushaltsausgaben der Europäischen Union	99
a) Kompetenzielle Begrenzung der Ausgaben	100
b) Mehrjähriger Finanzrahmen	100
c) Die Ausgabenstruktur	100
5. Haushaltsverfahren, Haushaltsvollzug und Haushaltsabschluss	102
a) Entwurf des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 1 AEUV)	102
b) Feststellung des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 9 AEUV, Art. 43 HaushO)	102
c) Haushaltsvollzug (Art. 317 AEUV, Art. 56ff. HaushO)	102
d) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung (Art. 318 AEUV)	103
e) Entlastung der Kommission (Art. 319 AEUV, Art. 260ff. HaushO)	103
III. Finanzoperationen außerhalb des Haushalts, insbesondere Anleihen und Darlehen	103
1. Verschuldungskompetenz der EU	103
2. Finanzierungsinstrumente der EU	104
3. Europäischer Entwicklungsfonds	106
IV. Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung)	106
V. Ausblick	107

3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts (Nettesheim)	109
I. Die autonome und einheitliche Rechtsordnung des EU-Rechts	109
1. Der Rechtskorpus des „Unionsrechts“	109
2. Kennzeichen der Unionsrechtsordnung	110
a) Der Anspruch auf „Autonomie“	110
b) Vergemeinschaftung des Rechtserzeugungsprozesses	112
c) Supranationalität	113
d) Insbesondere: Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Wirkung des Unionsrechts	113
II. Primärrecht	115
1. Die Verträge	116
2. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht	117
a) Gewohnheitsrecht	117
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	118
3. Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen	122
a) Vertragsänderung	123
b) Sonstige Vertragsergänzungen und -anpassungen	125
III. Sekundäres Unionsrecht	125
1. Das Primärrecht als Grundlage und Grenze von sekundärem Unionsrecht	125
2. Außensteuerung im Bereich des AEUV und des EAGV	126
a) Rechtsinstrumente – Überblick	126
b) Verordnung	127
c) Richtlinie	129
d) Beschluss	136

e) Empfehlung und Stellungnahme	138
f) Weiche Steuerungsformen	139
3. Außensteuerung im Bereich der GASP	142
4. Rechtsinstrumente zur Selbstorganisation des Integrationsverbands ..	142
a) Überblick	142
b) Beschlüsse	143
c) Entschließungen	143
d) Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten ..	144
e) Interinstitutionelle Vereinbarungen	144
f) Sonstige Akte ohne Rechtsverbindlichkeit	145
IV. Völkerrecht im Unionsrecht	145
1. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	146
2. Völkerrechtliche Verträge	147
a) EU-Abkommen	147
b) Abkommen der Mitgliedstaaten	147
V. Auslegung des Unionsrechts	148
1. Unionsrechtliche Auslegungsmethoden zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht	148
2. Wortlautargumente	149
3. Der systematische Kontext	150
4. Historische Auslegung	151
5. Teleologische Argumente	151
6. Vertretbare, überzeugende und zwingende Entscheidungen	152
VI. Ausblick	153
§ 10. Rang des Unionsrechts (Nettesheim)	154
I. Normenkollisionen zwischen EU-Recht und nationalem Recht	154
1. Der Vorranganspruch des Unionsrechts	155
a) Verfassungsähnliche Gründung einer autonomen Unionsrechtsordnung	155
b) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	156
c) Die europarechtliche Theorie in den Mitgliedstaaten	157
2. Die Akzeptanz des Vorrangs des Unionsrechts in der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten	157
a) Deutschland	158
b) Andere Mitgliedstaaten	162
3. Konsequenzen des Vorrangs: Unionsrechtskonforme Auslegung sowie Unanwendbarkeit des nationalen Rechts („Anwendungsvorrang“) im Konfliktfall	164
II. Normenhierarchie innerhalb des Unionsrechts	166
1. Rang und Vorrang des Primärrechts	166
2. Rangstufen innerhalb des Sekundärrechts	168
III. Ausblick	169
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen (Nettesheim)	169
I. Kompetenzen	170
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	171

2. Formen der Kompetenzbegründung	172
a) Art. 352 AEUV	172
b) Implied-Powers-Lehre	173
3. Arten der Kompetenzen	174
4. Der Sonderfall der verstärkten Zusammenarbeit	175
5. Kompetenzausübungsregeln	177
a) Subsidiaritätsprinzip	177
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	179
II. Delegation von Befugnissen	180
1. Delegierte Rechtsetzung (Art. 290 AEUV)	180
2. Durchführungsrechtsetzung (Art. 291 AEUV)	181
3. Sonstige Delegation	182
III. Das Verfahren der Rechtsetzung	183
1. Die Wandlungen des Verfahrensrechts	183
2. Die Verfahrensarten: Überblick und Abgrenzungen	183
3. Ausgewählte Typen des Rechtsetzungsverfahrens	185
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV)	185
b) Das besondere Gesetzgebungsverfahren	190
c) Sonstige Rechtsetzungsverfahren	191
IV. Die Form der Rechtsetzung	191
1. Die Bezeichnung der Rechtsakte	191
2. Begründungspflicht	192
3. Veröffentlichung, Bekanntgabe und Inkrafttreten	193
a) Veröffentlichung und Bekanntgabe	193
b) Inkrafttreten	194
V. Bestandskraft, Änderung und Außerkrafttreten von Unionsrecht	194
1. Gültigkeit	194
2. Berichtigung von Rechtsakten	195
3. Änderung von Rechtsakten	195
VI. Ausblick	196
§ 12. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts (Nettesheim)	196
I. Rahmenbedingungen des Vollzugs von Unionsrecht	196
1. Allgemeines	196
2. Die Entstehung eines europäischen Verwaltungsrechts	198
II. Direkte und indirekte Durchführung des Unionsrechts	200
1. Vollzug durch EU-Behörden (EU-Eigenverwaltung)	200
a) Organisationsgewalt	200
b) Vorgaben für Verwaltungsorganisation, -verfahren und anwendbares Recht	201
c) Zugang zu Dokumenten	203
2. Durchführung durch mitgliedstaatliche Behörden	204
a) Rechtsprinzip der Durchführungszuständigkeit der Mitgliedstaaten?	204
b) Vorgaben für die mitgliedstaatliche Durchführung des Unionsrechts	207
c) Vollzugsdefizite	209
III. Vollstreckung des Unionsrechts	210

IV. Sanktionen gegenüber Privatpersonen	211
V. Ausblick	212

§ 13. Rechtsschutz (Classen)

I. Grundlagen der Rechtsschutzgewährung	214
1. Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes durch nationale Gerichte	215
2. Zum Zuständigkeitskatalog der europäischen Gerichtsbarkeit	216
a) Die Zuständigkeiten der europäischen Gerichtsbarkeit	216
b) Zu den Funktionen der europäischen Gerichtsbarkeit	217
3. Verhältnis europäischer und nationaler (deutscher) Gerichtszuständigkeit	217
II. Allgemeine Prinzipien der Rechtsschutzgewährung durch die europäische Gerichtsbarkeit	219
1. Rechtsgrundlagen	219
2. Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der europäischen Gerichtsbarkeit	220
3. Zu Umfang und Intensität der gerichtlichen Prüfung	220
4. Prozessverfahren	220
a) Schriftliches Verfahren	221
b) Mündliches Verfahren	221
c) Verfahrensdauer	221
5. Urteile und ihre Wirkungen	221
6. Rechtsmittel	222
III. Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten (Art. 258f. AEUV)	223
1. Wesen des Verfahrens	223
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	224
a) Beteiligte und Streitgegenstand	224
b) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	224
3. Urteil	225
IV. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage (Art. 263, 265 AEUV)	226
1. Wesen der Verfahren	226
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	227
a) Klagevoraussetzungen	227
b) Begründetheitsprüfung und Urteil	229
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	230
4. Besonderheiten der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage natürlicher und juristischer Personen (Art. 263 Abs. 4 und 5, 265 Abs. 3 AEUV)	230
a) Klageberechtigter Personenkreis	230
b) Anfechtbare Rechtsakte/angreifbare Untätigkeit	231
V. Amtshaftungsklage (Art. 268 AEUV)	234
VI. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	234
1. Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	234
a) Verzahnung nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit	234
b) Autoritative Auslegung und Gültigkeitskontrolle	235
2. Voraussetzungen einer Vorlage	235
a) Vorlageberechtigte Stelle: „Gericht“	235

b) Zulässige Frage: Auslegung von Unionsrecht, Gültigkeit von Sekundärrecht	236
c) „Entscheidungserheblichkeit“ der europäischen Norm	236
3. Vorlagepflichten	236
a) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	236
b) Ausnahmen von dieser Vorlagepflicht	237
c) Vorlagepflicht aller Gerichte bei Gültigkeitsfragen	237
d) Vorlagepflicht aller Gerichte von Verfassungen wegen	237
e) Rechtsfolgen der Missachtung der Vorlagepflicht	238
4. Verfahren und Folgen der Vorabentscheidung	238
a) Verfahrensrechtliche Aspekte	238
b) Urteil	238
5. Durchsetzung der Vorlagepflicht durch BVerfG und EGMR	239
VII. Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes	239
VIII. Ausblick	240

§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

(<i>Classen</i>)	240
I. Haftung der EU im Inneren	241
1. Vertragliche Haftung der EU	241
2. Außervertragliche Haftung der EU (Art. 340 Abs. 2 AEUV)	241
a) Haftbare Stellen und Haftung auslösendes Handeln	242
b) Verletzung Rechte Einzelner	243
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	243
d) Schaden	243
e) Kausalzusammenhang von Schaden und Rechtsverstoß	244
f) Persönliche Haftung der EU-Bediensteten	244
II. Haftung der Mitgliedstaaten bei Verletzungen des Unionsrechts	244
1. Grundsatzfragen	245
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	246
a) Haftbare Stellen	246
b) Verletzung Rechte Einzelner	247
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	247
d) Schaden	248
3. Ergänzende Haftung bei Vertrauensschutz?	248
III. Ausblick	248

4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU (<i>Nettesheim</i>)	250
I. Legitimität der EU in Zeiten der Krise	250
II. Demokratische Legitimität der EU	253
1. Die Legitimationskonstruktion der frühen Jahre: Output-Orientierung und Einstimmigkeitserfordernis im Rat	253
2. Die Suche nach angemessenen Legitimationsmustern	253
3. Die Architektur unionaler Demokratie	258
a) Gemeinwohldienliches Regieren („Output“) als Ausdruck von „Input“, Verfahren und Kontrolle	258

b) Gemeinwohlrealisierung durch repräsentative Amtsführung	261
c) Vor-institutionelle Voraussetzungen europäischer Demokratie	263
III. Rechtsstaats- und Demokratiesicherung im Verbund	265
IV. Perspektiven der Legitimationssuche	268
§ 16. Unionsbürgerschaft (Nettesheim)	269
I. Die Herausbildung eines Bürgerstatus	269
II. Die Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf das mitgliedstaatliche Staatsangehörigkeitsrecht	271
III. Inhaltliche Dimensionen des „Grundstatus“ der Unionsbürgerschaft	272
IV. Freizügigkeit: Schutz der positiven und der negativen Freiheit	273
1. Persönlicher Anwendungsbereich	274
2. Sachlicher Anwendungsbereich	274
a) Schutz der Freiheit zur grenzüberschreitenden Mobilität	274
b) Schutz des Rechts zum Bleiben	275
3. Beeinträchtigung	275
4. Schranken	276
V. Das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 21 iVm Art. 18 AEUV)	277
VI. Die politische Dimension der Unionsbürgerschaft	279
1. Wahlrecht bei Kommunalwahlen und zum Europäischen Parlament	279
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz	280
3. Petitions- und sprachliche Rechte	280
VII. Ausblick	280
§ 17. Europäische Grundrechte (Classen/Nettesheim)	281
I. Die Herausbildung der EU-Grundrechte	282
II. Grundlagen der EU-Grundrechtecharta	283
1. Allgemeines	283
2. Berechtigte und Verpflichtete	285
a) Adressaten	285
b) Berechtigte	287
3. Inhalt der Grundrechte	287
a) Grundrechte als Abwehrrechte: Schutzbereich – Eingriff – Schranken	287
b) Grundrechtliche Leistungs- und Schutzpflichten	290
III. Die anderen Grundlagen des EU-Grundrechtsschutzes	290
1. Die EMRK	290
a) Grundlagen der EMRK	291
b) Dogmatik der EMRK	291
c) Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz der EU	293
2. Das Verhältnis der in Art. 6 EUV genannten Rechtsquellen zueinander	294
IV. Europäischer und nationaler Grundrechtsschutz	296
V. Einzelne Grundrechte	297
1. Fundamentalgarantien	297
a) Die Menschenwürde (Art. 1 GRC)	297
b) Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 GRC, Art. 2 EMRK) – Verbot der Todesstrafe (Art. 2 Abs. 2 GRC, Art. 1, 6. ZP und 13. ZP)	297

c) Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Art. 4 GRC, Art. 3 EMRK) sowie von Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 5 GRC, Art. 4 EMRK)	298
2. Freiheitsrechte	298
a) Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 7 und 8 GRC, Art. 8 EMRK, Art. 16 AEUV)	298
b) Schutz des Familienlebens und der Eheschließung (Art. 7 und 9 GRC, Art. 8 und 12 EMRK; vgl. auch Art. 24 GRC)	299
c) Schutz der Wohnung und Freiheit des Briefverkehrs (Art. 7 GRC, Art. 8 EMRK)	300
d) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 10 GRC, Art. 9 EMRK)	301
e) Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 11 und 13 GRC, Art. 10 EMRK)	302
f) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GRC, Art. 11 EMRK)	303
g) Berufs- und Unternehmensfreiheit (Art. 15, 16 GRC)	303
h) Schutz des Eigentums (Art. 17 GRC, Art. 1 des 1. ZP)	304
i) Freizügigkeit, Asyl und Ausweisungsschutz (Art. 18f., 45 GRC, Art. 2–4, 4. ZP; Art. 1 des 7. ZP)	305
3. Ansprüche auf Gleichbehandlung	305
a) Allgemeiner Gleichheitssatz	305
b) Besondere Gleichheitssätze und Gleichstellungspolitik der EU ...	306
4. Soziale Rechte	310
5. Justizgarantien	311
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 47 GRC, Art. 6, 13 EMRK, Art. 2–4 des 7. ZP)	311
b) Speziell straffrechtsbezogene Garantien	313
c) Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 6 GRC, Art. 5 EMRK) ...	314
VI. Die äußere Überwachung: EGMR und nationale Verfassungsgerichte ..	315
1. Schutz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	315
a) Organisation des Gerichtshofes	316
b) Zuständigkeiten und Verfahren	316
c) Urteile des EGMR und ihre Folgen	317
d) Die Kontrolle von Unionsrecht durch den EGMR	317
2. Schutz durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit	318
VII. Ausblick	318

5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik (Nettesheim)	320
I. Die Diskussion um die Wirtschaftsverfassung der EU	320
II. Die Fragmentiertheit der Wirtschaftsordnung	322
1. Die Verfassung des Binnenmarktes	323
2. Gestaltende Politik der EU – zwischen Liberalität und Interventionismus	323
III. Allgemeine Wirtschaftspolitik der EU	325

1. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten	326
2. Die Stärkung der fiskal- und haushaltspolitischen Disziplin	327
a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	328
b) Der Ausbau des Stabilisierungsregimes	328
c) Auf dem Weg zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“?	331
3. Die „Rettungsmechanismen“	332
4. Die EU auf dem Weg in die Schulden- und Transferunion?	334
IV. Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe: Die Europäische Investitionsbank (EIB)	334
1. Gründung und Entwicklung der Europäischen Investitionsbank	334
2. Status der Europäischen Investitionsbank	335
3. Aufgaben der EIB	336
V. Sektorale Wirtschaftspolitiken der EU: Das Beispiel der Regional- und Strukturpolitik	337
1. Entwicklung	337
2. Ziele und Instrumente	338
VI. Ausblick	340
§ 19. Währungsunion (Nettesheim)	341
I. Chancen und Risiken einer Währungsunion	341
II. Die Europäische Währungsunion (EWU)	344
1. Europäische Zentralbank (EZB)	344
a) Die Institution der EZB	345
b) Die Unabhängigkeit der EZB	346
c) Kapital und Währungsreserven der EZB	347
2. Aufgaben und Ziele des Eurosystems	347
III. Ausblick	349
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen (Classen)	350
I. Grundlagen	350
1. Wettbewerb als Element des Binnenmarktes	350
2. Zur Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts	352
3. Grundbegriffe des europäischen Wettbewerbsrechts	353
a) Adressaten des Wettbewerbsrechts	353
b) Relevanter Markt	354
c) Zwischenstaatsklausel	355
d) Bereichsspezifische Regeln	355
II. Das Kartellverbot und seine Ausnahmen (Art. 101 AEUV)	356
1. Grundstruktur	356
a) Kartellbegriff	356
b) Wettbewerbsbeschränkung	357
c) Spürbarkeitsklausel	357
d) Ausnahme nach Abs. 3	357
e) Rechtsfolgen des Kartellverbots	358
2. Einzelheiten zu horizontalen und vertikalen Vereinbarungen	358
a) Horizontale Vereinbarungen	359
b) Vertikale Vereinbarungen	359
III. Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	360

1. Marktbeherrschende Stellung	360
2. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung	361
3. Folgen eines Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	362
IV. Die Fusionskontrolle (FusK)	362
1. Entstehung und Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle	363
2. Gegenstand der Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von unionsweiter Bedeutung (Art. 1, 3 FusK-VO)	363
3. Voraussetzungen des Verbots eines Zusammenschlusses (Art. 2 FusK-VO)	364
4. Fusionskontrollverfahren (Art. 4ff. FusK-VO iVm VO 802/2004) und Rechtsschutz	364
V. Nationales, europäisches und internationales Wettbewerbsrecht	365
1. Extraterritoriale Wirkungen europäischen Wettbewerbsrechts	365
2. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht	366
VI. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts	367
1. Administrative Durchführung des Wettbewerbsrechts	368
a) Verwaltungsbefugnisse der Kommission	368
b) Sanktionsbefugnisse der Kommission	369
c) Aufgaben und Befugnisse der nationalen Behörden	370
2. Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht	370
a) Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten	371
b) Rechtsschutz gegen nationale Verwaltungsentscheidungen	371
c) Private Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten	372
VII. Ausblick: Erfolge und Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik	373
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge (Classen)	373
I. Grundlagen: Das wirtschaftliche Engagement des Staates im Binnenmarkt	373
II. Das Verbot nationaler Beihilfen und seine Ausnahmen	374
1. Grundlagen: Subventionen im europäischen Binnenmarkt	374
2. Die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 107 Abs. 1 AEUV	376
a) Gewähren eines wirtschaftlichen Vorteils („Begünstigung“)	376
b) Gewährung staatlicherseits	377
c) Begünstigte: Unternehmen	377
d) Selektivität der Zuwendung	378
e) Wettbewerbsverfälschung	378
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	379
3. Legalausnahmen und Ausnahmen nach Ermessen	379
a) Legalausnahmen (Art. 107 Abs. 2 AEUV)	380
b) Ausnahmen nach Ermessen (Art. 107 Abs. 3 AEUV)	380
4. Verhältnis zu anderen Regelungen des Unionsrechts	383
a) Verhältnis des Beihilferechts zu anderen Vertragsregelungen	383
b) Beihilferegime und Drittländer	383
5. Europäisches Beihilfeverfahren	383
a) Grundlagen	384
b) Kontrolle bestehender Beihilfen („repressive“ Kontrolle)	385
c) Kontrolle neuer Beihilfen (präventive Kontrolle)	385

d) Rechtswidrige Beihilfen und ihre Kontrolle	386
e) Rückforderung rechtswidriger Beihilfen	386
6. Rechtsschutz	388
a) Rechtsschutz für den Beihilfeempfänger	388
b) Rechtsschutz für Mitgliedstaat und Kommission	388
c) Rechtsschutz für die Konkurrenten	388
III. Öffentliche Unternehmen, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsordnung ..	389
1. Das Grundproblem	390
2. Grundsätze	391
a) Wettbewerbliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen	391
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge/service public)	391
c) Insbesondere: Beihilferechtliche Fragen	392
3. Praxis der europäischen Liberalisierung bei den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	394
a) Telekommunikation (TK)	394
b) Post	395
c) Sparkassen und Landesbanken	395
d) Weitere Bereiche	396
IV. Öffentliche Aufträge (Vergabewesen)	396
1. Grundlagen	396
2. Entwicklung des Sekundärrechts und deutsche Umsetzung	398
3. Anwendungsbereich	398
4. Kriterien und Verfahren der Auftragsvergabe	400
5. Rechtsschutz	401
6. Vergabeentscheidungen jenseits des Anwendungsbereichs der Richtlinien	402
V. Ausblick	403

6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr (Classen)	404
I. Grundlage: Der Binnenmarkt	404
1. Sinn und Zweck der Grundfreiheiten	404
2. Adressaten der Grundfreiheiten	406
3. Struktur der Prüfung der Grundfreiheiten	407
4. Zur Inländerdiskriminierung	408
5. Negative und positive Integration	409
6. Erfolge und Probleme der Marktintegration	409
II. Die Warenverkehrsfreiheit als Kernelement des Binnenmarktes	410
1. Ware	410
2. Unionswaren und Freiverkehrswaren	410
3. Inhalt der Warenverkehrsfreiheit	410
4. Die Entwicklung des freien Warenverkehrs seit 1958	411
III. Marktliberalisierung I: Die Zollunion	411
1. Abschaffung der Binnenzölle (Art. 28 ff. AEUV)	411
2. Abschaffung der Abgaben zollgleicher Wirkung	411

IV. Marktliberalisierung II: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34ff. AEUV)	412
1. Anwendungsbereich	413
2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen	413
3. Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen (MgW)	413
a) Definition der MgW für die Wareneinfuhr durch die „Dassonville“-Formel	414
b) Eingrenzungen durch spätere Formeln	415
c) MgW bei der Beschränkung der Warenausfuhr	416
4. Mögliche Rechtfertigung von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW	416
a) Ausnahmen vom Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW nach Maßgabe von Art. 36 AEUV	416
b) Die „Cassis-Doktrin“: Rechtfertigung durch zwingende Erfordernisse des Handelsverkehrs	417
V. Nichtdiskriminierende Umformung staatlicher Handelsmonopole	418
1. Umformungsgebot	418
2. Handels- und Finanzmonopole	419
VI. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Warenverkehrs ..	419
1. Binnenmarktschädliche Aktionen Privater	419
2. Rechtsangleichung im Kontext der Warenverkehrsfreiheit	420
VII. Ausblick	422
§ 23. Energie (Classen)	422
I. Grundlagen	422
1. Die Bedeutung der Energiepolitik für die europäische Integration ..	422
2. Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik	424
II. Primärrechtliche Grundlagen und sekundärrechtliche Ausformung der Energiepolitik (ohne Kernenergie)	424
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Energiepolitik	425
2. Sekundärrechtliche Ausformungen für die einzelnen Energiearten ..	425
a) Bevorratungspolitik	425
b) Die leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Elektrizität ..	425
c) Ökologische Aspekte der Energiepolitik	426
d) Außenbeziehungen	427
III. Das Kernenergieregime von EURATOM	428
1. Entwicklung von EURATOM und der Nutzung der Kernenergie in der EU	428
2. Grundstruktur des EAG-Vertrages	428
3. Aufgaben von EURATOM	429
a) Versorgung mit Brennstoffen	429
b) Gesundheitsschutz und nukleare Sicherheit	429
c) Weiterentwicklung der Kernenergie (Forschung/Gemeinsame Unternehmen)	429
IV. Ausblick	429

§ 24. Landwirtschaft und Fischerei (Classen)	430
I. Landwirtschaft und Fischerei: Administrierter Teil des Binnenmarktes	430
1. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Binnenmarkt	430
2. Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik	430
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	431
1. Zum Begriff der Landwirtschaft	431
2. Inhaltliche Vorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik	431
a) Ziele der Agrarpolitik (Art. 39 AEUV)	431
b) Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik	432
c) Gemeinsame Agrarpolitik und allgemeine Vertragsregelungen	432
3. Die Rechtsgrundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	433
III. Sekundärrechtliche Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik	434
1. Die Europäischen Marktordnungen im Bereich der Landwirtschaft	434
a) Finanzrelevante Regeln für den Agrarinnenmarkt	434
b) Agrarrechtsangleichung	435
c) Ergänzende Marktregelungen	436
d) Regeln für den Agraraußenhandel	436
2. Agrarstrukturpolitik („Entwicklung des ländlichen Raumes“)	436
a) Aufgaben und Grundlagen der Agrarstrukturpolitik	436
b) Entwicklung der Agrarstrukturpolitik	436
c) Stand der Agrarstrukturpolitik	437
3. Verwaltung und Finanzierung der Marktordnungen	437
a) Agrarverwaltung	437
b) Gemeinsame Agrarfinanzierung	438
IV. Gemeinsame Fischereipolitik	439
1. Tatsächliche Besonderheiten der Gemeinsamen Fischereipolitik	439
2. Gemeinsame Fischereipolitik und internationales Seerecht	439
3. Entwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik	440
4. Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik	440
a) Erhaltung der Fischbestände	440
b) Gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse	441
c) EU-Außenbeziehungen in der Fischereipolitik	441
V. Ausblick	442
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr (Classen)	442
I. Grundlagen: Die Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarktes	443
II. Marktliberalisierung im Bereich des Dienstleistungsverkehrs: Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV)	444
1. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit	444
a) Dienstleistung	444
b) Ausnahmetatbestand: Ausübung öffentlicher Gewalt	445
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung	445
d) Keine Harmonisierung durch die Union	446
e) Personeller Anwendungsbereich	446
2. Das Verbot von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	446
3. Rechtfertigung für Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	448
a) Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 AEUV)	448

b) Immanente Grenzen der zwingenden Allgemeininteressen	448
III. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs	449
1. Grundlagen	449
2. Dienstleistungsrichtlinie	450
3. Berufsbezogene Regelungen	451
a) Anerkennung von Berufsqualifikationen	451
b) Rechtsanwälte und Notare im Besonderen	452
4. Entsenderichtlinie	453
5. Aufenthaltsrechtliche Begleitrechte	453
IV. Ausblick	454
§ 26. Verkehr (Classen)	454
I. Die Verkehrspolitik im Binnenmarkt	454
1. Doppelfunktion des Verkehrs im Binnenmarkt	454
2. Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik seit 1958	454
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	455
1. Inhaltliche Vorgaben für die gemeinsame Verkehrspolitik	455
2. Kompetenzgrundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	456
3. Der Verkehr und die sonstigen Vertragsregeln	456
III. Sekundärrechtliche Ausformung der Liberalisierung des Verkehrs	457
1. Liberalisierung bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen	457
2. Bereitstellung und Nutzung der Infrastruktur	458
3. Personenbezogene Regeln (Fahrerlaubnisse etc.)	460
IV. Sekundärrechtliche Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen	461
1. Preisregelungen	461
2. Beihilfenrecht	461
3. Standards für Beschäftigte und Nutzer	462
a) Sozialstandards für Beschäftigte	462
b) Verbraucherschutz (Fahrgastrechte etc.)	462
V. Weitere Maßnahmen	463
1. Verkehrssicherheit	463
2. Umweltschutz	463
3. Institutionelle Regelungen	464
VI. Internationale Beziehungen in der Verkehrspolitik	464
1. Landverkehr und Binnenschifffahrt	464
2. Seeverkehr	464
3. Luftverkehr	464
VII. Transeuropäische Netze (TEN)	465
1. Konzept der Transeuropäischen Netze	465
2. System des Titels Transeuropäische Netze	466
a) Ziele	466
b) Instrumentarium	466
c) Finanzierung	466
d) Verhältnis der TEN-Politik zu den Sachpolitiken des AEUV	466
3. Zur Praxis der TEN-Politik seit 1993	467
a) Verkehr	467
b) Telekommunikation	467

c) Energie	467
VIII. Ausblick: Perspektiven für den Verkehrsbinnenmarkt	467

7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer (<i>Nettesheim</i>)	468
I. Die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt	468
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	470
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	470
2. Vorrangiges Sekundärrecht	471
3. Gewährleistungsbereich	471
a) Berechtigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit	471
b) Sachlicher Anwendungsbereich	473
c) Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	474
d) Räumlicher Geltungsbereich	475
e) Adressaten der Arbeitnehmerfreizügigkeit	475
4. Gewährleistungsumfang	476
a) Diskriminierungsverbot (Art. 45 Abs. 2 AEUV)	476
b) Beschränkungsverbot	478
5. Rechtfertigung	480
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	480
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	481
III. Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	482
1. Staatliche Schutzpflichten	482
2. Sekundärrechtliche Herstellung der Freizügigkeit	482
a) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	482
b) Die Freizügigkeit der Familienangehörigen	483
3. Gleichstellung im Aufenthaltsstaat	483
a) Überblick	483
b) Soziale Begleitrechte	484
c) Der Zugang zur Bildung	485
4. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	485
IV. Ausblick	486
§ 28. Niederlassungsfreiheit (<i>Nettesheim</i>)	487
I. Die Bedeutung der Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt	487
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung grenzüberschreitender Mobilität	488
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	488
2. Vorrangiges Primär- und Sekundärrecht	489
3. Gewährleistungsbereich	489
a) Berechtigte der Niederlassungsfreiheit	490
b) Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	491
c) Bereichsausnahmen bei Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt	494
d) Räumlicher Geltungsbereich	494
e) Adressaten der Niederlassungsfreiheit	495
4. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	495

5. Schranken der Niederlassungsfreiheit	497
a) Art. 52 Abs. 1 AEUV: Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	497
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	498
III. Begleitrechte der Niederlassungsfreiheit	499
IV. Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	500
V. Ausblick	501
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik (Classen)	502
I. Grundlagen: Das „Europäische Sozialmodell“	502
1. Zur Wechselbeziehung von Sozial- und Wirtschaftspolitik	503
2. Entwicklung der Europäischen Sozialpolitik seit 1958	503
3. Primärrechtliche Vorgaben im Bereich der Sozialpolitik	504
a) Soziale Grundrechte und soziale Aspekte der Grundfreiheiten	504
b) Soziale „Grenzen“ des Wettbewerbs im Binnenmarkt	506
II. Sozialpolitische Kompetenzen der EU und ihre Handhabung	506
1. Arbeitsrechtliche Harmonisierung (Art. 153 Abs. 1 lit. a)–i) AEUV)	506
a) Allgemeines	506
b) Arbeitsschutz („Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer“ – Art. 153 Abs. 1 lit. a) AEUV) sowie Chancengleichheit der Geschlechter – Art. 153 Abs. 1 lit. i)	507
c) Individuelles Arbeitsvertragsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. b) und d) AEUV)	507
d) Kollektives Arbeitsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. d), e), f) AEUV)	508
2. Maßnahmen der offenen Koordinierung	509
3. Sozialer Dialog	509
III. Europäische Beschäftigungspolitik	509
IV. Europäischer Sozialfonds (ESF)	510
1. Entstehung und Entwicklung des Europäischen Sozialfonds	510
2. Tätigkeit des ESF	510
V. Ausblick: Soziale Dimension des Binnenmarktes oder Sozialunion?	511
 8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr	
§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr (Nettesheim)	512
I. Grundlagen	512
II. Die primärrechtlichen Regelungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs	513
1. Liberalisierung des Kapitalmarktes	514
a) Verhältnis zu den anderen Grundfreiheiten	514
b) Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	515
c) Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	516
d) Rechtfertigung von Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	517
2. Gewährleistungspflichten	519
3. Freiheit des Zahlungsverkehrs	519
III. Ausblick	520
 § 31. Finanzmärkte (Nettesheim)	520
I. Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen zur Herstellung des Europäischen Finanzraums	522

II. Akteure und Finanzprodukte	523
III. Europäisches Kapitalmarktrecht	525
IV. Rahmenbedingungen	527
V. Ausblick: Vollendung des Europäischen Finanzraums?	528

9. Teil. Rechtsharmonisierung und Koordination

§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung

(<i>Classen</i>)	530
I. Funktion und Entwicklung der Rechtsharmonisierung in der EU	530
1. Bedeutung und Probleme der Rechtsharmonisierung	530
2. Entwicklung der europäischen Rechtsangleichung	532
II. Rechtsangleichung im Binnenmarkt (Art. 114 ff. AEUV)	532
1. Die zentrale Rechtsangleichungsnorm des Art. 114 AEUV	533
a) Voraussetzungen der Rechtsangleichung	533
b) Rechtsfolgen der Rechtsangleichung – nationale Alleingänge	536
2. Weitere Kompetenzen im Kontext des Binnenmarktes	537
a) Rechtsangleichung nach Art. 115 AEUV	537
b) Behandlung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV) ..	537
c) Rechtstitel zum Schutz geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV) ...	537
III. Rechtsharmonisierung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des	
Rechts (RFSR; Art. 67 ff. AEUV)	537
1. Grundlagen des RFSR	537
2. Inhaltliche Elemente des RFSR	538
3. Sonderregelungen im Bereich des RFSR	539
a) Verfahrensmäßige Sonderregeln	539
b) Sonderstatus von Irland und Dänemark	539
IV. Sonstige Kompetenzen im Bereich der Rechtsharmonisierung	539
1. Bereichsspezifische Kompetenzen	539
2. Ergänzende Rechtsharmonisierung nach Art. 352 AEUV	541
V. Instrumente der Rechtsharmonisierung	542
1. Richtlinien und intensivere Formen der Rechtsharmonisierung	542
2. Intensität der Harmonisierung	542
3. Zur Fortentwicklung harmonisierten Rechts	543
4. Richterrechtliche Rechtsangleichung	543
VI. Gegenseitige Anerkennung in Ergänzung und als Alternative zur	
Rechtsharmonisierung	544
VII. Ausblick: Rechtsangleichung – eine „unendliche Geschichte“	545

§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz:

Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts (<i>Classen</i>)	546
I. Grundfragen	546
1. Verfassungsrecht	546
2. Verwaltungsrecht	547
a) Grundsatzfragen	547
b) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das allgemeine	
Verwaltungsrecht	549

c) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das Verwaltungsprozessrecht	550
II. Umwelt	551
1. Die Herausbildung einer europäischen Umweltpolitik	551
2. Primärrechtliche Grundlagen der EU-Umweltpolitik	552
a) Spezifische Vorgaben für die Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV) ..	552
b) Die Bedeutung der Umweltpolitik für die sonstige Unionspolitik (Art. 11 und 114 Abs. 3 AEUV)	553
c) Der Tierschutz in der Unionspolitik (Art. 13 AEUV)	553
3. Zuständigkeiten im Bereich der EU-Umweltpolitik	553
a) Rechtsetzungskompetenz im Umweltbereich (Art. 192 Abs. 1–3 AEUV)	554
b) Die Umweltaußenkompetenz der EU (Art. 191 Abs. 4 AEUV) ..	555
c) Nationale Regelungsspielräume (Art. 193 AEUV)	555
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des allgemeinen Umweltrechts ..	555
5. Die sekundärrechtliche Ausformung des besonderen Umweltrechts ..	557
a) Natur- und Artenschutz	557
b) Gewässerschutz	558
c) Luftreinhaltung und Klimaschutz	559
d) Lärmschutz	560
e) Abfall	560
f) Gefährliche Stoffe, insbesondere Chemikalien	561
g) Biotechnologie und Gentechnik	562
h) Produktbezogene Regelungen	562
6. Die Beteiligung der EU am internationalen Umweltschutz	563
7. Konsequenzen für das deutsche Recht	563
III. Gesundheit	564
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Gesundheitspolitik ..	565
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Gesundheitspolitik ..	565
a) Allgemeines	565
b) Apotheken, Krankenhäuser, Krankenkassen und das allgemeine Wirtschaftsrecht	566
c) Kompetenzen im Bereich der europäischen Gesundheitspolitik nach Art. 168 AEUV	567
d) Sonstige gesundheitsrelevante Zuständigkeiten der EU	567
3. Die sekundärrechtliche Ausformung des europäischen Gesundheitsrechts	568
a) Harmonisierung des Arzneimittel- und Medizinprodukterechts sowie Regelung der Organtransplantation	568
b) Die Sicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung	568
c) Gesundheitsprogrammatische Aktionen der Unionsorgane	569
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des Lebensmittelrechts	570
IV. Polizei- und Ausländerrecht („Schengen“)	571
1. Abbau der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen und Sicherung der Außengrenzen	571
2. Asyl- und Flüchtlingsrecht	572
3. Einwanderungspolitik im Übrigen	573

3. Polizeikooperation	575
4. Maßnahmen gegen die Finanzierung von Terrorismus	576
V. Datenschutzrecht	576
VI. Ausblick	577

§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk: Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts (Classen) 578

I. Forschung und Technologische Entwicklung	578
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik	578
2. Sekundärrechtliche Ausformung der Europäischen Forschungs- und Technologiepolitik	579
3. Exkurs: Europäische Forschungsförderung außerhalb der EU	580
4. Die Förderung der Raumfahrt	580
II. Bildung und Sport	581
1. Entwicklung der europäischen Bildungsaktivitäten	581
2. Primärrechtliche Grundlagen der Europäisierung der Bildungspolitik	581
a) Spezifische Kompetenzen für die Bildungspolitik	581
b) Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) und Freizügigkeitsrecht (Art. 21 AEUV)	582
c) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit (Art. 56, 49 AEUV) ..	582
d) Bereichsspezifische bildungsrelevante Regelungen	582
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Bildungspolitik	583
4. Europäische Bildungspolitik jenseits der Verträge	583
a) EU-externe Bildungseinrichtungen	583
b) Der Bologna-Prozess und die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten	584
5. Europa und der Sport	585
a) Der Sport und das europäische Wirtschaftsrecht	585
b) Sportpolitische Kompetenzen und Aktivitäten	586
III. Kultur	586
1. Grundlagen: Die Europäische Integration und die Kultur	586
a) „Kultur“ im Zusammenhang der Unionsverträge	586
b) Entwicklung des kulturellen Engagements der EU	587
2. Die primärrechtlichen Grundlagen der europäischen Kulturpolitik ..	587
a) Zum Kulturbegriff	587
b) Die spezifische Kulturkompetenz (Art. 167 AEUV)	588
c) Die Kultur und das allgemeine Vertragsrecht	588
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Kulturpolitik ..	589
a) Spezifisch kulturpolitisch ausgerichtete Akte	589
b) Maßnahmen zur Sicherung der Besonderheiten der Kultur im Wirtschaftsleben	589
4. Europäische Kulturpolitik außerhalb der EU-Verträge	590
IV. EU-Rundfunkordnung	590
1. Entwicklung der europäischen Rundfunkordnung	590
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Rundfunkordnung ..	591
a) Grundfreiheiten	591
b) Wettbewerbsrecht	591

c) Grundrechte	592
3. Europäische Harmonisierung des Rechts der audiovisuellen Medien ..	592
V. Ausblick	593
§ 35. Steuern (Nettesheim)	593
I. Grundlagen	593
1. Verbot der Steuerdiskriminierung und Kompetenzen zur Steuerharmonisierung	595
a) Begrenzte Aufgaben der EU im Steuerbereich	595
b) Harmonisierung indirekter Steuern als Schwerpunktbereich	596
c) Harmonisierung direkter Steuern vs. Systemwettbewerb	596
2. Unionssteuern	597
II. Verbot der Steuerdiskriminierung (Art. 110 AEUV)	598
1. Die Bedeutung des Diskriminierungsverbots nach Art. 110 AEUV ..	599
a) Sicherung der Wettbewerbsneutralität	599
b) Bestimmungslandprinzip und Diskriminierungsverbot	599
c) Besteuerung „hinter der Grenze“ und Diskriminierungsverbot ...	600
2. Abgrenzung zu anderen Regelungen des Vertrags	600
a) Zollgleiche Abgaben und parafiskalische Abgaben	600
b) Maßnahmen im Sinne von Art. 37 AEUV – Handelsmonopole ..	601
c) Beihilfen	601
3. Anwendungsvoraussetzungen des Art 110 Abs. 1 AEUV	601
a) Abgaben im Sinne von Art. 110 AEUV	602
b) Gleichartigkeit der Waren	602
c) Vorliegen einer Schlechterstellung	602
4. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 110 Abs. 2 AEUV	603
III. Die Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Steuersysteme	603
1. Sinn und Grenzen der EU-Steuerharmonisierung	604
2. EU-Recht und indirekte Steuern	605
3. EU-Recht und direkte Steuern	608
a) Kompetenzen	608
b) Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen	609
c) Unternehmensbesteuerung	610
4. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	610
IV. Ausblick	611
§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts (Classen)	612
I. Grundsatzfragen	612
1. Grundprobleme der Privatrechtsharmonisierung	613
2. Bemühungen um eine umfassendere Kodifikation	613
II. Verbraucherschutz	614
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Verbraucherschutzpolitik	614
2. Grundfragen der europäischen Verbraucherschutzpolitik	614
a) Aufgaben des Verbraucherschutzes	615

b) Rechtsetzungskompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes (Art. 169 Abs. 2 und 3 AEUV)	615
c) Sonstige vertragliche Regelungen zum Verbraucherschutz	616
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Verbraucher- schutzpolitik	616
a) Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher	617
b) Schutz der Wirtschaftsinteressen	617
c) Wiedergutmachung von Schäden	618
d) Rechtsdurchsetzung	618
e) Lauterkeitsrecht	618
III. Das geistige Eigentum im Binnenmarkt	619
1. Geistiges Eigentum und die materiellen Regeln des Vertragsrechts	619
2. Die Schaffung eines europäischen Rechts des geistigen Eigentums	621
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen	621
b) Patentrecht	621
c) Markenrecht	622
d) Geschmacksmuster, Sorten u. ä.	622
e) Urheberrecht	622
f) Rechtsdurchsetzung	623
IV. Gesellschafts- und Unternehmensrecht	624
1. Grundfragen	624
2. Gesellschaftsrechtliche Rechtsangleichung	625
3. Europäische juristische Personen	625
V. Prozess- und Kollisionsrecht	626
1. Verfahrensrecht	627
2. Kollisionsrecht	629
3. Familien- und Erbrecht	630
VI. Ausblick	631
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts (Classen)	631
I. Grundlagen der Europäisierung des Strafrechts	632
II. Die Angleichung des materiellen Strafrechts (Art. 83 AEUV)	633
III. Die Europäisierung des Strafverfahrensrechts	634
1. Zum Strafverfahrensrecht i. e. S. (Art. 82 AEUV)	634
2. Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft (Art. 86 AEUV)	636
IV. Ausblick	637

10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen (Nettesheim)	638
I. Die Außenbeziehungen der EU zwischen Integration und Intergouvernementalismus	638
II. Grundlagen der auswärtigen Gewalt der EU	641
1. Völkerrechtsfähigkeit	642
2. Grundlegende Rechtsstellung	642
III. Rechtsgrundlagen der EU-Außenbeziehungen	643
1. Kompetenzen	643

a) Explizite und implizite Zuständigkeiten	644
b) Ausschließliche Zuständigkeiten	646
c) Geteilte und parallele Außenzuständigkeiten	646
2. Vertragsschließungsverfahren des AEUV (Art. 218 AEUV)	648
a) Allgemeines	648
b) Die Phasen des Vertragsschlusses	649
c) Bindungswirkung der Abkommen (Art. 216 Abs. 2 AEUV)	650
IV. Ausblick	651

§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

<i>(Nettesheim)</i>	652
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	652
1. Die rechtlich/institutionelle Regelung der GASP im EU-Vertrag (Art. 23–41 EUV)	654
2. Institutionelle Struktur der GASP (Art. 26ff. EUV)	655
a) Der Europäische Rat (Art. 26 EUV)	655
b) Der Rat (Art. 26 Abs. 2 EUV)	655
c) Der Hohe Vertreter (Art. 27 EUV) und der Europäische Auswärtige Dienst	656
d) Die Kommission und das Europäische Parlament	657
e) Sonderbeauftragte (Art. 33 EUV)	657
3. Rechtsinstrumente der GASP (Art. 25 EUV)	658
a) Allgemeine Leitlinien	658
b) Beschlüsse	658
c) Ausbau der systematischen Zusammenarbeit	659
d) Abschluss von Übereinkünften mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen (Art. 37 EUV)	659
4. Finanzierung der GASP (Art. 41 EUV)	660
5. Die zwiespältige Rechtsgestalt der GASP	660
II. Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	661
1. Zwischenschritte auf einem mühsamen Weg	661
2. Institutionelle Strukturen der GSVP	663
a) Übergreifende Strukturen	663
b) Besondere GSVP-Einrichtungen	663
c) Umfeld der GSVP	664
3. Ziele und Aufgaben der GSVP	665
4. Mittel der GSVP	666
a) Militärische Kapazitäten	666
b) Rüstungspolitische Zusammenarbeit	667
c) Zivile Komponente der GSVP	667
5. GSVP und MSen	668
III. Ausblick	668

§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik

<i>(Nettesheim)</i>	669
I. Die Gemeinsame Handelspolitik als Kernstück der integrierten EU-Außenbeziehungen	669
II. Die Außendimension der Zollunion	670

1. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	670
2. Zollrechtsangleichung, Zollkodex und Strategien für die Zollunion . .	671
3. Zollgleiche Abgaben im Handel mit Drittstaaten	672
III. Die Gemeinsame Handelspolitik	672
1. Vertragliche Grundlagen	672
a) Offenheit und Liberalität	673
b) Kompetenzumfang	673
c) Qualität der Kompetenzen	674
d) Verfahren	676
2. Überblick über die autonome Handelspolitik	676
a) Einfuhrregime	676
b) Ausfuhrregime	677
c) Handelspolitische Maßnahmen der EU	678
3. Die vertragliche Handelspolitik: Das Beispiel der WTO-Mitgliedschaft	682
a) Vom GATT 1947 zur WTO 1994	682
b) Überblick über das WTO-Recht	683
c) EU-Mitgliedschaft in der WTO	685
d) Handelspolitische Bedeutsamkeit der WTO für die EU	686
IV. EU-Entwicklungspolitik	687
1. Die Entwicklung der vertraglichen Grundlagen	687
2. Assoziierung der Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG – Art. 198–204 AEUV)	688
3. Entwicklungspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten („Lomé-Cotonou-Politik“)	688
4. EU-Entwicklungszusammenarbeit (Art. 208–211 AEUV)	689
V. Ausblick	689
§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik (Nettesheim) . .	690
I. Grundlagen	690
II. Rechtsgrundlagen der Assoziierung	691
III. Praxis europäischer Assoziierung	693
IV. Europäische Nachbarschaftspolitik	694
1. Grundlagen einer Europäischen Nachbarschaftspolitik	695
2. Durchführung der ENP	696
V. Ausblick	698
§ 42. Beitritt – Austritt (Nettesheim)	698
I. Die Europäische Union innerhalb Gesamteuropas	698
II. Beitrittskonzept des EU-Vertrages	699
1. Der Beitritt nach Art. 49 EUV	699
2. Beitrittsvoraussetzungen	700
a) Begriff des europäischen Staats	700
b) Kopenhagener Kriterien	700
3. Beitrittsverfahren	702
a) Einleitungsphase	702
b) Verhandlungsphase	702
c) Abschlussphase	702

4. Wirkungen des Beitritts	703
5. Wandlungen der EU durch die Beitritte	704
III. Beitrittspraxis	704
IV. Weitere Beitrittsperspektiven	706
1. Balkanerweiterung	706
2. Türkei	707
3. EWR-Raum und Schweiz	708
V. Austritt aus der Europäischen Union	709
VI. Ausblick	712
Sachverzeichnis	715